

Die Kriegssteuern.

Wir haben den uns aufgezwungenen Krieg um unser Leben mit dem unerschütterlichen Willen zum Sieg geführt. Die Bevölkerung gab ihr Bestes, das Blut der wehrhaften Männer, daran, sie hat überdies durch die Zeichnung der vier Kriegsanleihen ihr Vertrauen in die Zukunft der Monarchie in feierlichster Weise dargetan. Der Krieg wird jedoch weitere Opfer von uns fordern. Es muß für die Verzinsung der Kriegsanleihe und für die Fortführung eines geordneten Haushaltes nach Friedensschluß vorgesorgt werden. Die Kriegssteuern, die uns bevorstehen, sind keine österreichische Angelegenheit allein. Alle Länder, die in den Krieg verwickelt wurden, ja selbst die neutralen Staaten, denen der an ihren Grenzen tobende Kampf mehrjährige Rüstungsausgaben aufgenötigt hat, müssen ihr Budget auf neue Grundlagen stellen. Daher der gleichförmige Anblick, daß in ganz Europa die Steuerlasten in raschem Aufsteigen begriffen sind.

Einige der kriegführenden Staaten haben beinahe gleichzeitig mit dem Anschwellen der Ausgaben infolge des Krieges ihre Steuern hinaufgesetzt. So hat England, das die größten Kriegsausgaben zu tragen hat, seiner Bevölkerung Abgaben auferlegt, an die vordem in diesem Lande nicht gedacht worden wäre. Auch Italien, das von allen Kriegführenden finanziell die schwächsten Schultern hat, ist sofort mit der allerschärfsten Besteuerung vorgegangen. Die beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und das verbündete Deutsche Reich haben mit den Kriegssteuern zugewartet, bis die Wirkungen der Kriegswirtschaft auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung deutlicher erkennbar waren. Allein auch bei den Mittelmächten konnte kein Zweifel darüber herrschen, daß der Beginn der Neuordnung der Staatsfinanzen nicht bis in die Zeiten des Friedens werde verschoben werden können. Alle drei Finanzverwaltungen haben daher dieser ernstesten Frage gewissenhaft ihr Augenmerk zugewendet.

In Deutschland ist mit dem Steuerprogramm, das der Reichstag in der Frühjahrssession beschlossen hat, für die nächsten Jahre gesorgt, die endgültige Finanzreform blieb der Friedensarbeit vorbehalten. Der ungarische Finanzminister beschäftigt den Reichstag gegenwärtig mit einem Steuerbuckett, das die Zinsen der ungarischen Kriegsanleihen zu decken bestimmt ist. Auch die österreichische Finanzverwaltung ist bereits tatkräftig an die schwere Arbeit herangegangen, dem Staat die notwendigen Mittel zu sichern. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Finanzminister nicht bloß den Zuwachs an Ausgaben, welche die Zinsenlast der Milliarden der Kriegsanleihen erfordert, zu decken hat, sondern daß er auch einen Ausfall an Einnahmen hereinbringen muß, die dem Budget in normalen Zeiten zugute kommen. Es sei nur auf die Mindereinnahmen an Steuern infolge des geminderten Konsums, infolge des Entfalles zahlreicher steuerpflichtiger Betriebe, weiter auf den unvermeidlichen Rückgang im Gebühren- und Zollgefälle infolge der Unterbindung des regelmäßigen wirtschaftlichen Lebens hingewiesen.

Der doppelte Druck auf das Budget wird durch Eröffnung reichlicher Einnahmen erleichtert werden müssen.

Die österreichische Volkswirtschaft hat im Kriege ihre eisenfeste Gesundheit erprobt, ein Zweifel an ihrer Fähigkeit, auch die neuerliche notwendige Belastung im Interesse künftiger geregelter Finanzwirtschaft zu tragen, wäre ein Unrecht gegen die unerschöpfliche Regenerationskraft der Bevölkerung, gegen ihren Fleiß, ihre Tatkraft und ihre quellende wirtschaftliche Begabung, die es verstehen wird, die von der Natur dargebotenen Voraussetzungen einer steigenden ökonomischen Kultur unseres Vaterlandes im vollsten Maße auszunützen. Wir werden sicherlich schwere Lasten zu schleppen haben. Aber auch in diesem Punkte sind wir besser daran als unsere Gegner. Die Kriegskosten der Monarchie bleiben erheblich hinter den Summen zurück, die England, Frankreich und Rußland aufzubringen haben. Auch hatten wir vor dem Kriege nicht das Schlimmste an Steuerlast zu tragen; andre Länder waren, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, höher besteuert. Wir werden auch nach dem Kriege, so stark die absoluten Ziffern der Mehrbelastung ansteigen mögen, relativ billiger davontommen als unsere Gegner. Die Finanzverwaltung wird überdies ihr Augenmerk sicherlich darauf gerichtet halten, das Steuerprogramm so aufzubauen, daß die neuen Steuern für die Aufwärtsentwicklung der volkswirtschaftlichen Tätigkeit Raum lassen und daß die Lasten auf alle Schultern nach dem Maße der Leistungsfähigkeit gerecht verteilt werden.

Wenn die neuen Steuern diesen Bedingungen angepaßt werden — und dafür bürgt die hohe Schulung unsrer von modernem Geiste erfüllten Finanzverwaltung —, so wird das getan sein, was in der von uns nicht verschuldeten Lage der öffentlichen Finanzen getan werden kann.